



Russland am Regler

Erdgas. Die Frage beschäftigt die ganze Republik: Wie viel Gas wird Russland in den kommenden Monaten durch Pipelines wie Nord Stream 1 nach Deutschland leiten? Auf jeden Fall muss sich die Politik intensiv um Alternativen zu russischem Erdgas kümmern, mit Blick auf den kommenden Winter gilt es für Haushalte, Firmen und Behörden aber vor allem, den Gasverbrauch zu reduzieren. Schon jetzt bereiten die hohen Preise für Gas und andere Energiequellen vielen Bundesbürgern Kopfzerbrechen. Energiearmut droht auch Teilen der Mittelschicht. —> [Seiten 2-4](#)

IW-Konjunkturumfrage

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs sind die Unternehmen in Deutschland deutlich weniger zuversichtlich als noch im Frühjahr.

—> [Seiten 6-7](#)

Gesetzliche Rentenversicherung

Der Beruf und andere sozio-demografische Merkmale entscheiden mit über die Lebenserwartung. Doch sollte das im Rentensystem berücksichtigt werden?

—> [Seiten 12 und 13](#)

Sparen tut not

Erdgas. Das unberechenbare Verhalten Russlands mit Blick auf seine Erdgaslieferungen in den Westen lässt Deutschland keine Wahl: Mittel- und langfristig müssen Alternativen zum russischen Pipelinegas her. Kurzfristig ist Sparen das Gebot der Stunde.

21. Juli – ab diesem Datum soll die gewartete Erdgas-Pipeline Nord Stream 1 wieder ihren Betrieb aufnehmen. Doch Politik und Öffentlichkeit in Deutschland blicken gebannt darauf, ob und wie viel Gas Russland tatsächlich künftig durch die unter der Ostsee verlaufenden Röhren schicken wird – in den vergangenen Tagen gab es immer wieder beunruhigende Aussagen der Verantwortlichen auf russischer Seite.

Russland hat seit seinem Einmarsch in die Ukraine seinen Ruf als verlässlicher Energielieferant verspielt, indem es den Umfang seiner Gaslieferungen durch Nord Stream 1 sowie durch Weißrussland und Polen (JAMAL-Pipeline) und über die Ukraine willkürlich reduzierte.

Die drastischste Kürzung erfolgte Mitte Juni (Grafik):

Innerhalb weniger Tage verringerten sich die Gaslieferungen durch Nord Stream 1 auf nur noch 40 Prozent der lange Zeit üblichen Menge.

Moskau begründete dies mit einer fehlenden Gasturbine des Herstellers Siemens, die in Kanada gewartet worden war und aufgrund der westlichen Sanktionen nicht zurück nach Russland transportiert werden konnte. Experten zweifeln die Begründung jedoch an und werfen Russland vor, sein Gas als politisches Druckmittel zu nutzen.

Inzwischen hat Kanada auf Bitten Deutschlands die Lieferung der reparierten Turbine freigegeben,

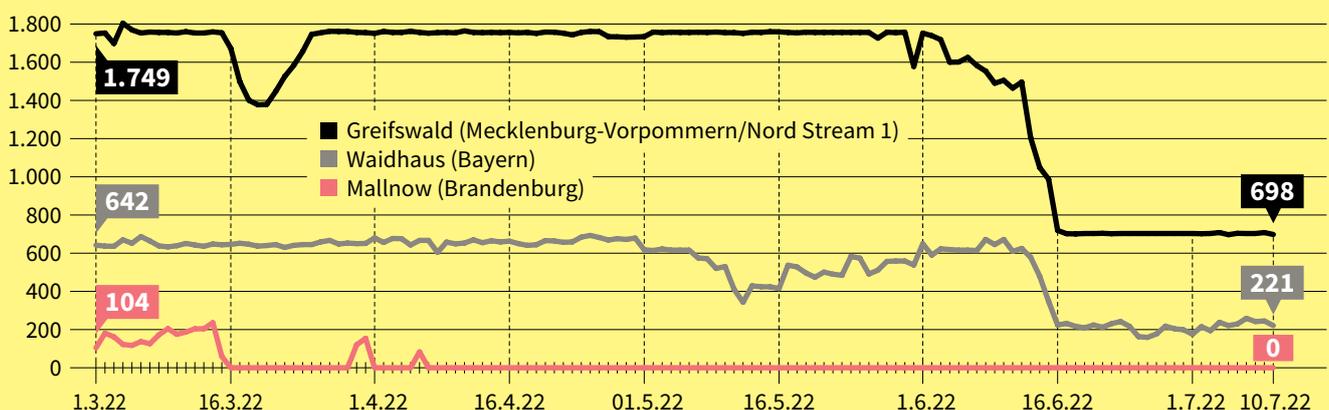
sodass Moskau es nicht länger rechtfertigen kann, nach der Wartung kein oder nur wenig Gas durch Nord Stream 1 zu pumpen. Dennoch muss sich Deutschland auf den Ernstfall gänzlich ausbleibender Gaslieferungen vorbereiten:

Alternativen zu russischem Gas.

Schon vor dem Krieg waren Norwegen und die Niederlande nach Russland die wichtigsten Gaslieferanten für Deutschland. Ein kleiner Teil des russischen Gases konnte in den vergangenen Wochen durch höhere Importe aus diesen beiden Ländern ersetzt werden. Auch Flüssiggas (LNG) aus anderen Staaten, das über Terminals in Belgien nach Deutschland transportiert wurde, spielte eine wichtige Rolle.

Russland dreht den Gashahn langsam zu

Gaslieferungen aus Russland über diese deutschen Grenzorte in Gigawattstunden



Quelle: Bundesnetzagentur
© 2022 IW Medien / iwd

Um noch größere Mengen Flüssiggas importieren zu können, bräuchte die Bundesrepublik allerdings eigene Terminals, die es bislang nicht gibt. Frühestens im kommenden Winter sollen die ersten zwei schwimmenden Flüssiggasterminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel in Betrieb gehen. Und auch wenn alle Hindernisse für LNG-Lieferungen beseitigt wären: Teurer als vor Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine wird diese Versorgungslösung in jedem Fall (siehe iwd 9/2022).

Strategien für den Winter.

Deutschland muss seine Gasspeicher, die knapp ein Viertel des gesamten Bedarfs decken können, bis zum Start der Heizperiode ausreichend füllen. Die Bundesregierung plant per Gesetz bis zum 1. Oktober einen Speicherstand von 80 Prozent der maximalen Füllhöhe, bis 1. November sogar 90 Prozent – Mitte Juli lag der Wert bei etwa 65 Prozent.

Da aber völlig unklar ist, wie viel russisches Gas in den kommenden Wochen zur Verfügung steht, kommt es vor allem darauf an, schnell so viel Gas wie möglich einzusparen. Die privaten Haushalte und die Industrie, die zusammen etwa zwei Drittel des

deutschen Erdgasverbrauchs verantworten, sind da bereits auf gutem Weg (Grafik):

Im Mai 2022 wurde in Deutschland mit 51 Terawattstunden – begünstigt auch durch das vergleichsweise warme Wetter – ein Viertel weniger Gas verbraucht als im gleichen Vorjahresmonat.

Sollte es zu einer weiteren Verknappung des Gasangebots kommen, plant die Bundesregierung ab August mithilfe einer Auktion, den Gasverbrauch in der Industrie weiter zu reduzieren. Der Einsatz von Gas zur Stromerzeugung soll umgehend deutlich sinken, stattdessen sollen Kohlekraftwerke wieder mehr Strom liefern.

Für private Haus- und Wohnungsbesitzer liegt es nahe, die Gasheizung durch eine Wärmepumpe zu ersetzen. Doch das dürfte nur in den wenigsten Fällen vor dem kommenden Winter möglich sein, denn Material und Handwerker fehlen.

Doch schon mit kleinen Verhaltensänderungen könnten die knapp 40 Millionen Haushalte den Gasverbrauch spürbar reduzieren:

Wird etwa die Heizungstemperatur nur um 1 Grad abgesenkt,

lassen sich fast 6 Prozent der bisherigen Heizenergie einsparen.

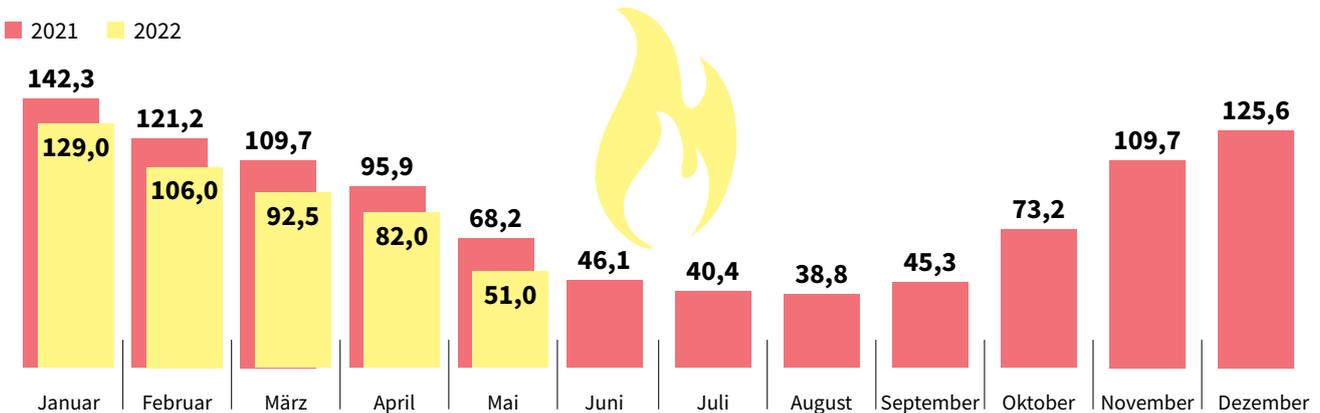
Einige Kommunen haben angekündigt, die Beleuchtung städtischer Gebäude herunterzufahren oder die Wassertemperatur in öffentlichen Schwimmbädern zu reduzieren.

Optionen für den Notfall. Wenn es trotz aller Anstrengungen nicht mehr genug Gas für alle Verbraucher gibt, wird die Bundesregierung die dritte Stufe des Gasnotfallplans ausrufen. Die Bundesnetzagentur würde dann entscheiden, wer wann und wie beliefert wird. Da nach derzeitiger Rechtslage zum Beispiel private Haushalte oder Krankenhäuser prioritär mit Erdgas versorgt werden, wäre vor allem die Industrie von einem etwaigen Gasmangel betroffen. Produktionsausfälle ließen sich dann kaum vermeiden.

Am Ende lassen sich die Gaskrise und der Weg aus der Abhängigkeit von Russland nur gemeinsam mit den europäischen Partnern lösen – zumal knapp die Hälfte des nach Deutschland importierten Gases in andere Länder weitergeleitet wird. Unter anderem mit Österreich hat Deutschland bereits Abkommen zur Kooperation im Notfall geschlossen.

Gas: Die Bundesbürger sparen schon

Gasverbrauch in Deutschland in Terawattstunden



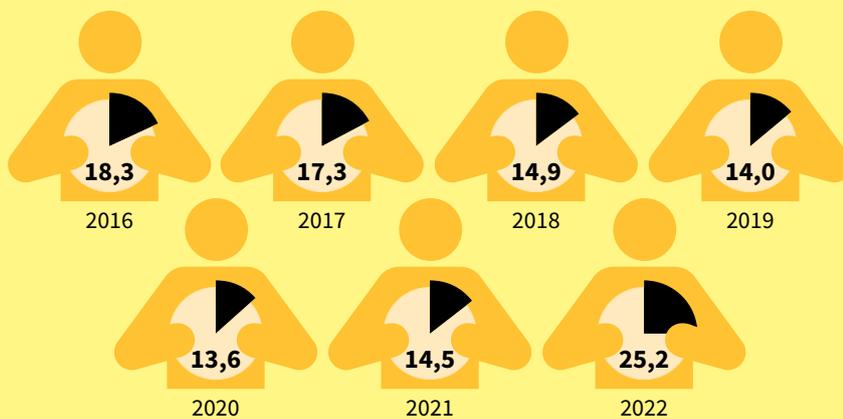
Quelle: Bundesnetzagentur © 2022 IW Medien / iwd

Wenn das Heizen arm macht

Energie. Die steigenden Preise für Heizen, Warmwasser und Strom machen den Verbrauchern hierzulande seit Monaten zu schaffen – vor allem jenen mit niedrigen Einkommen. Doch auch die Mittelschicht bleibt von den hohen Preisen nicht unberührt. Die Gefahr der Energiearmut wächst.

Energiearmut betrifft immer mehr Menschen

So viel Prozent der Bundesbürger mussten mehr als 10 Prozent ihres Nettoeinkommens für Energie (Heizen, Warmwasser, Strom) ausgeben



2021 und 2022: Haushaltsnettoeinkommen und Energieausgaben auf Basis von 2020 fortgeschrieben; 2022: Mai

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Ein dickes Plus von 23 Prozent bei Strom, 40 Prozent bei Erdgas und 100 Prozent bei Heizöl – so stark stiegen die Energiepreise seit 2020 bis zum Mai dieses Jahres laut Statistischem Bundesamt. Zur Angst vor einem kalten Winter kommen somit finanzielle Sorgen, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar im Auftrag des Bundesverbands der Verbraucherzentralen zeigt: Drei von vier Befragten befürchten, dass die steigenden Energiepreise sie in Zukunft finanziell belasten werden. Ende Januar, also kurz vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, lag dieser Wert noch bei 62 Prozent.

Tatsächlich geben seit Monaten immer mehr Menschen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für Heizen, Strom und Warmwasser aus. Benötigen Personen mehr als 10 Prozent ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für Energie – Kraftstoffe wie Benzin oder Diesel ausgenommen –, spricht man von Energiearmut (Grafik):

Der Anteil der von Energiearmut gefährdeten Personen in Deutschland ist von 14,5 Prozent im Jahr 2021 auf 25,2 Prozent im Mai 2022 gestiegen – ohne Berücksichtigung staatlicher Hilfspakete.

Nachdem ihr Anteil von 2016 bis 2020 aufgrund fallender Energieprei-

se kontinuierlich sank, waren 2021 mit Beginn der CO₂-Bepreisung für Erdgas und Heizöl bereits wieder etwas mehr Menschen von Energiearmut bedroht. Der starke Anstieg bis Mai 2022 ist allerdings hauptsächlich mit den steigenden Energiepreisen auf den Weltmärkten infolge des Ukraine-Kriegs zu erklären.

Im Schnitt läuft aktuell also mehr als ein Viertel der Deutschen Gefahr, die Ausgaben für Energie nur noch mit großen Kraftanstrengungen und Einsparungen an anderer Stelle stemmen zu können. Seit die Energiepreise durch die Decke gehen, sind zudem nicht mehr nur Bürger mit Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens von Energiearmut betroffen: In der unteren Mittelschicht, zu der jene Haushalte mit einem Einkommen zwischen 60 und 80 Prozent des Medianeinkommens zählen, muss bereits fast jeder Zweite mehr als 10 Prozent seines Haushaltsnettos für Energie ausgeben.

Angesichts dessen können Maßnahmen wie die Abschaffung der EEG-Umlage, die Energiepreispauschale und der Heizkostenzuschuss zur Entlastung der Bundesbürger sinnvoll sein.

IW-Kurzbericht 55/2022

Ralf Henger, Maximilian Stockhausen:
Gefahr der Energiearmut wächst
iwkoeln.de/energiearmut

Deutliche Kompetenzverluste bei Grundschulern

Bildung. Die coronabedingten Schulschließungen in Deutschland haben bei Viertklässlern zu großen Lernverlusten geführt. Die Akteure in der Bildungspolitik müssen deshalb dringend mehr tun, um diese Lernlücken zu reduzieren. Auch erneute Schulschließungen gilt es unbedingt zu vermeiden.

In Deutschland werden mit dem IQB-Bildungstrend regelmäßig die Kompetenzen der Viert- bzw. Neuntklässler erfasst, um zu überprüfen, ob diese die Bildungsstandards erfüllen. Im IQB-Bildungstrend 2021 wurden nun die Kompetenzen der Viertklässler in Mathematik und Deutsch nach der Zeit der coronabedingten Schulschließungen erhoben. Die Ergebnisse sind so schlecht wie befürchtet (Grafik):

Im Vergleich zum Jahr 2016 haben sich im Jahr 2021 die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler am Ende der vierten Klasse deutlich verschlechtert.

Der Kompetenzrückgang im Lesen entspricht etwa einem Drittel eines Schuljahres, im Zuhören einem halben Schuljahr und in der Orthografie sowie in Mathematik jeweils einem Viertel eines Schuljahres. Gleichzeitig ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler gestiegen, die am Ende der vierten Klasse nicht über die von der Kultusministerkonferenz festgelegten Mindeststandards verfügen. Im Lesen und Zuhören trifft dies auf gut 18 Prozent der Viertklässler zu, in der Orthografie auf 30 Prozent und in der Mathematik auf 22 Prozent. Der Wechsel auf die weiterführende Schule dürfte sich für diese Schülerinnen und Schüler schwierig gestalten.

Nicht alle Kompetenzrückschritte sind auf die Pandemie zurückzuführen, da sich die Schülerzusammensetzung geändert hat und auch schon von 2011 bis 2016 ein Kompetenzrückgang festzustellen war. Allerdings hat sich dieser vor allem im Lesen und Zuhören verstärkt. Weiterhin zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Herkunft und dem Bildungserfolg noch einmal zugenommen hat. So weisen Kinder mit Zuwanderungshintergrund am aktuellen Rand einen besonders deutlichen Kompetenzverlust auf. Aufgrund von möglichen Sprachbarrieren konnten diese Kinder während der Schulschließungen oftmals nicht im

gleichen Umfang zu Hause gefördert werden wie Kinder ohne Zuwanderungshintergrund.

Daher müssen nun gerade diejenigen, die schlechtere Lernbedingungen während des Fernunterrichts hatten, besonders gefördert werden. Es bieten sich etwa zusätzliche Förderangebote an den Nachmittagen oder in den Ferien an. Auch Mentoring-Programme können für die betroffenen Schülerinnen und Schüler hilfreich sein. Zudem sollten die Ganztagsschulangebote noch stärker genutzt werden, um Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf individuell zu unterstützen.

Außerdem sollten Luftfilter angeschafft und Hygienekonzepte entwickelt werden, um neuerliche Schulschließungen und eine damit einhergehende größere Bildungsungleichheit zu vermeiden. Falls es dennoch zu regionalen Schulschließungen oder Quarantänemaßnahmen kommt, so können der Ausbau der IT-Ausstattung und entsprechende Fortbildungen der Lehrkräfte sicherstellen, dass ein Digitalunterricht nach Stundenplan erteilt werden kann.

Grundschüler: Große Lernverluste

Durchschnittlich erreichte Punktzahl von Viertklässlern in Deutschland, Durchschnittswert im Jahr 2011 = 500 Punkte

		■ Insgesamt ■ Ohne Zuwanderungshintergrund ■ Zweite Generation ■ Erste Generation				
	Lesen	2011	500	514	461	457
		2016	493	512	465	426
		2021	471	497	438	394
	Zuhören	2011	500	518	448	445
		2016	484	510	440	401
		2021	456	494	404	348
	Rechtschreibung	2016	500	511	494	446
		2021	473	491	461	415
	Mathematik	2011	500	515	461	460
		2016	483	502	459	431
		2021	462	487	434	400

Zweite Generation: Beide Elternteile sind im Ausland geboren, das Kind ist in Deutschland geboren
 Erste Generation: Beide Elternteile und das Kind sind im Ausland geboren

Rechtschreibung: keine Angaben für das Jahr 2011; Durchschnittswert im Jahr 2016 = 500 Punkte

Quelle: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen
 © 2022 IW Medien / iwd

Getrübbte Perspektiven

IW-Konjunkturumfrage. Der Krieg in der Ukraine schwächt die Konjunktur in Deutschland erheblich, eine Rezession ist nicht mehr auszuschließen, die Verunsicherung ist groß. Dennoch: Die vom Institut der deutschen Wirtschaft im Juni befragten Unternehmen gehen für 2022 nach wie vor mehrheitlich von einer besseren Geschäftsentwicklung aus als im von Corona geprägten Vorjahr.

Ein Ende des russischen Angriffs-kriegs in der Ukraine ist nicht absehbar, die Belastungen für die Konjunktur in Deutschland haben sich in den vergangenen Monaten verfestigt. Ein wesentlicher Krisenfaktor ist die Gefahr, dass Energie- und Rohstofflieferungen ausbleiben. Die damit verbundenen Preiseffekte sind deutlich spürbar. Schon im Frühjahr erwarteten mehr als 90 Prozent der vom IW befragten Unternehmen bis zum Jahresende starke oder mittlere Preiseffekte aufgrund der steigenden Energie- und Rohstoffkosten. Mehr als 80 Prozent der Firmen befürchteten mittelfristig höhere Erzeugerpreise infolge steigender Arbeitskosten.

All diese Faktoren schlagen sich auch in der aktuellen IW-Konjunkturumfrage wider, für die im Juni fast 2.300 Unternehmen befragt wurden. Die Ergebnisse im Detail:

• **Geschäftslage besser als im Sommer 2021.** Auch wenn sich die Einschätzungen gegenüber dem Herbst eingetrübt haben, stufen die meisten Firmen die aktuelle Situation im Vergleich zum von Corona geprägten Vorjahr doch als besser ein (Grafik):

Knapp vier von zehn Unternehmen berichten von einer günstigeren Produktionslage als vor einem Jahr, lediglich jeder fünfte Betrieb meldet eine Verschlechterung.

Ganz ähnlich sieht die Momentaufnahme mit Blick auf Investitionen und Beschäftigung aus.

• **Erwartungen deutlich gedämpft.** Der Ukraine-Krieg lässt die Unternehmen zwar mit großen Sorgen auf den weiteren Jahresverlauf blicken. Da in der IW-Umfrage jedoch stets ein Vergleich mit dem Vorjahr vorgenommen wird und 2021 durch

coronabedingte Produktionsstörungen sowie Lockdown-Maßnahmen gekennzeichnet war, fallen die Zahlen noch relativ gut aus:

Immerhin 37 Prozent der Unternehmen rechnen für das Gesamtjahr 2022 mit einem höheren Produktionsvolumen als 2021 – 25 Prozent erwarten einen Rückgang.

Infolge der Pandemie haben die Firmen viele Investitionen aufgeschoben. Einiges davon wird nun nachgeholt, doch von einem Boom kann angesichts der geopolitischen Belastungen nicht die Rede sein – 36 Prozent der Firmen gehen für 2022 von einem Investitionsplus aus, 25 Prozent werden ihre Ausgaben für neue Maschinen und andere Anschaffungen wohl reduzieren.

Die Beschäftigungsperspektiven sind längst nicht mehr so rosig wie

IW-Konjunkturumfrage: Noch immer mehr Optimisten als Skeptiker

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ...

■ Schlechter
■ Besser

... bewerten die Lage bei diesen Indikatoren im Sommer 2022 gegenüber dem Sommer 2021 wie folgt



... erwarten für das Gesamtjahr 2022 gegenüber 2021 diese Entwicklung



Rest zu 100; gleichbleibend
Befragung von 2.282 Unternehmen im Juni 2022

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

noch im vergangenen Sommer. Dennoch bleiben die Unternehmen – vor allem angesichts der insgesamt noch positiven Produktionserwartungen – unterm Strich noch zuversichtlich. So geht ein Drittel der Firmen davon aus, dass die Zahl ihrer Mitarbeiter 2022 steigen wird, während ein Fünftel mit einem Personalabbau rechnet.

• **Aussichten je nach Wirtschaftszweig sehr unterschiedlich.** Die im Herbst 2021 noch recht optimistische deutsche Industrie sah sich nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Frühjahr am Rande einer Rezession. Inzwischen haben die Unternehmen ihre Einschätzungen ein wenig relativiert (Grafik):

Immerhin 44 Prozent der Industrieunternehmen rechnen für 2022 mit einem Produktionsanstieg. Allerdings sind weiterhin 28 Prozent der Betriebe aus diesem Wirtschaftszweig pessimistisch.

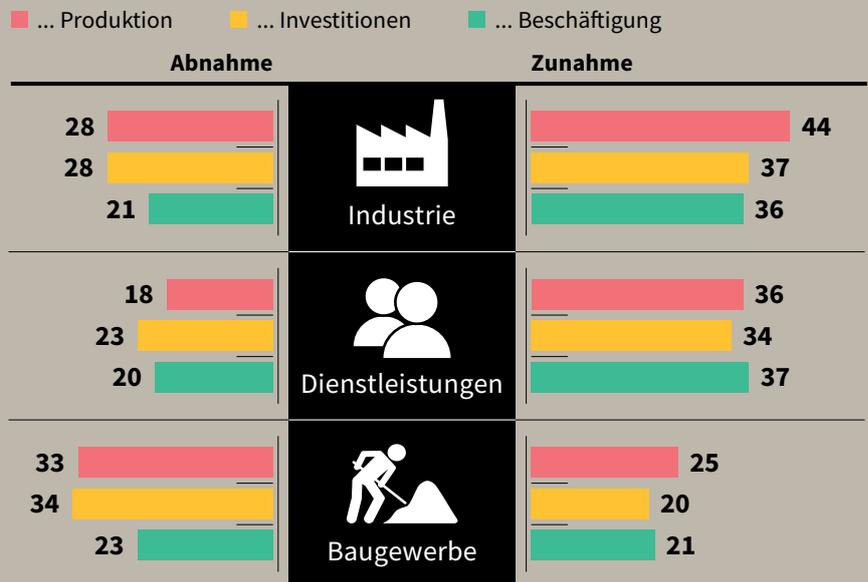
Nach wie vor droht der Industrie in Deutschland ein Stagnationsjahr. Die im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit bestehende Produktionslücke von zuletzt gut 6 Prozent dürfte damit in diesem Jahr nicht weiter geschlossen werden.

Auch die Dienstleister blicken mit spürbar weniger Zuversicht nach vorn als im Herbst 2021. Unterm Strich rechnet der Wirtschaftsbe- reich, der in den vergangenen beiden Jahren erheblich unter den Corona-Einschränkungen zu leiden hatte, zwar noch überwiegend mit einem Aufwärtstrend. Den Betrieben macht jedoch fehlendes Personal ebenso zu schaffen wie die allgemeine Verunsicherung der Kunden sowie die Preissteigerungen, die sich in einer zurückhaltenden Nachfrage niederschlagen. Das beeinflusst auch die Investitionspläne, die per saldo nur noch moderat expansiv sind:

34 Prozent der Unternehmen im Servisesektor wollen 2022 mehr

IW-Konjunkturumfrage: Starkes Branchengefälle

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten für das Gesamtjahr 2022 gegenüber 2021 diese Entwicklung der ...



Rest zu 100: gleichbleibend
Befragung von 2.282 Unternehmen im Juni 2022
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd



investieren als im Vorjahr, doch 23 Prozent werden voraussichtlich den entsprechenden Etat kürzen.

In der Bauwirtschaft, die lange Zeit relativ unbeschadet durch die Corona-Pandemie gekommen ist, hat sich das Erwartungsbild noch deutlicher verdüstert. Materialengpässe und die damit einhergehenden massiven Produktionseinschränkungen bremsen die wirtschaftliche Tätigkeit. Die Kostenanstiege für Baumaterial und Energie wirken sich ebenfalls negativ aus. Demzufolge ist nur noch ein Viertel der Baufirmen in Sachen Produktionsentwicklung zuversichtlich, ein Drittel dagegen geht für 2022 von einem Rückgang aus. Und bei den Investitionen überwiegt die Skepsis jetzt noch deutlicher als bereits im Frühjahr.

• **Deutliche Abweichungen zwischen den Regionen.** Dort, wo Industriezweige wie die Automobilbranche und ihre Zulieferer dominie-

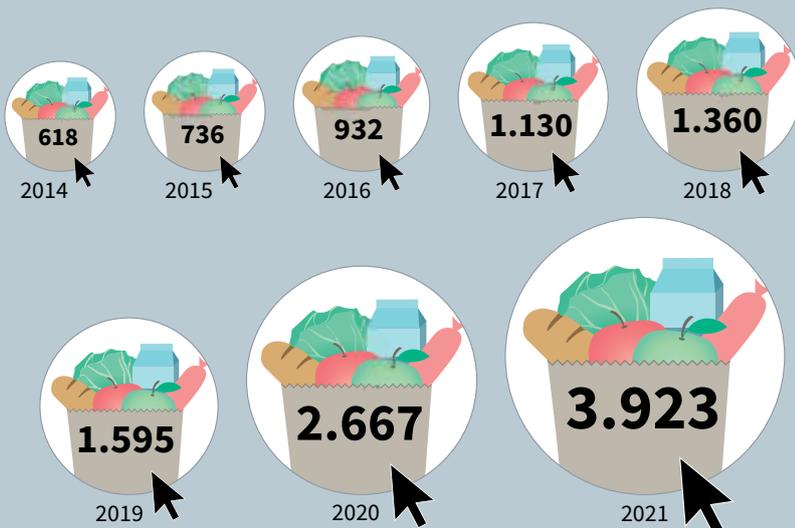
ren, bestimmt die Erholung nach den coronabedingten Einbrüchen noch immer das Umfragebild. Allerdings begrenzen vielerorts die erneuten Produktionsprobleme das Aufholpotenzial. Gleichwohl gehen etwa in Bayern 46 Prozent der Unternehmen für 2022 von einem Produktionsplus aus, nur 21 Prozent sind skeptisch. Auch in den nordöstlichen Bundesländern – Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – überwiegt mit 38 zu 19 Prozent jetzt wieder die Zuversicht. Die Folgelasten des Ukraine-Kriegs stufen die dortigen Firmen offenbar nicht mehr als so dramatisch ein. Einen negativen Erwartungssaldo haben dagegen mittlerweile die Unternehmen in Sachsen und Thüringen, was sich aus der relativ starken Einbindung dieser Region in den Handel mit den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften erklären lässt.

Mahlzeiten per Mausklick

Online-Handel. Die Corona-Pandemie hat dem gesamten Online-Handel einen mächtigen Schub gegeben. Doch schaut man auf die einzelnen Produktgruppen, ist kein Segment so stark gewachsen wie die Lebensmittellieferdienste. Von diesem Boom dürften aber künftig nicht alle Anbieter gleichermaßen profitieren.

Lebensmittel: Online-Einkäufe boomen

Umsatz mit online gehandelten Lebensmitteln in Deutschland in Millionen Euro



2021: Prognose, basierend auf dem Datenstand November 2021
Umsatz: einschließlich Umsatzsteuer, ohne Privatkäufe über Online-Marktplätze

Quelle: Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Als zu Beginn der Corona-Pandemie die meisten Geschäfte in Deutschland geschlossen hatten und die Supermärkte die Zahl der Kunden in den Filialen begrenzen mussten, scheuten viele Bundesbürger den dortigen Einkauf auch aufgrund der Infektionsgefahr und probierten etwas Neues aus: Sie orderten zum ersten Mal Lebensmittel im Internet. Inzwischen gehört der Online-Einkauf für etliche Menschen zum Alltag:

Laut Digitalverband Bitkom bestellen mittlerweile 26 Prozent der Menschen gelegentlich Lebensmittel im Internet – vor Corona waren es lediglich 16 Prozent.

Verglichen mit dem Volumen des gesamten Lebensmittelhandels sind die online erzielten Umsätze zwar noch sehr gering: Sie betragen im Jahr 2021 rund 4 Milliarden Euro, das entsprach etwa 2 Prozent des Gesamtmarktes. Doch der E-Food-Bereich wächst rasant (Grafik):

Mit gut 3,9 Milliarden Euro lag der Online-Umsatz mit Lebensmitteln in Deutschland im Jahr 2021 um 47 Prozent über dem Wert des Vorjahres.

Wer seinen Wocheneinkauf oder den schnellen Snack zwischendurch im Netz ordern will, kann auf ein vielfältiges Angebot zurückgreifen:

- Supermärkte wie Rewe Online, Edeka24 oder Amazon Fresh, die ein volles Sortiment bieten und in einem bestimmten Zeitfenster liefern;
- Schnelllieferdienste wie Gorillas und Flink, die vor allem in Großstädten präsent sind und nur über ein begrenztes Warenangebot verfügen, aber innerhalb von wenigen Minuten die Bestellung vorbeibringen – im Branchensprech Quick Commerce (Q-Commerce) genannt;
- Lieferanten wie HelloFresh, die die Zutaten für bestimmte Gerichte samt Rezept liefern, Abonnements für Gemüseboxen und vieles mehr;
- Lieferdienste für fertig zubereitete Mahlzeiten – hierzu zählen sowohl der altbekannte Pizzaservice wie auch „Ghost Kitchens“, also Restaurants, die nur für den Außer-Haus-Verzehr kochen und selbst keinen Gastraum betreiben.

Dieses Online-Angebot trifft auf einen bereits durch den stationären Handel sehr gut versorgten Markt:

Die große Mehrheit der Einwohner Deutschlands lebt höchstens

zehn Minuten vom nächsten Supermarkt entfernt.

Die meisten von ihnen erledigen dort auch gern ihre Einkäufe. Doch rund 30 Prozent der Deutschen, fand das Marktforschungsunternehmen Appinio in einer gemeinsamen Studie mit dem E-Commerce-Anbieter Spryker heraus, empfinden den Einkauf vor Ort als wenig vergnüglich – etwa weil ihnen der Laden zur bevorzugten Einkaufszeit zu voll ist – und sind damit potenzielle (neue) Online-Kunden.

Auffällig ist, dass die meisten Online-Käufer dort wohnen, wo auch der stationäre Handel besonders stark vertreten ist – nämlich in den Großstädten und deren Umland. Das ist insofern nicht überraschend, da dort auch das Lieferangebot am größten ist, während in ländlichen Gebieten Lieferdienste Mangelware sind.

Insgesamt konnten die Lieferdienste ihren Bekanntheitsgrad während der Corona-Zeit deutlich steigern. Laut den Marktforschern kennen mehr als drei Viertel der Bundesbürger das Online-Angebot von Rewe; die Schnelllieferdienste von Gorillas und Flink sind rund zwei Fünfteln ein Begriff – nachdem es im

Sommer 2021 noch kaum 10 Prozent waren.

Doch wer lässt sich nun seine Mahlzeiten per Mausklick liefern? Otto-Normal-Online-Verbraucher ist zwischen 25 und 44 Jahre alt, hat Familie, ein gutes Einkommen – und ist offenbar schwer beschäftigt (Grafik):

Fast die Hälfte der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, die Lebensmittel im Internet ordern, gibt an, keine Zeit für den Einkauf im Geschäft zu haben.

Rund 37 Prozent führen als Grund an, dass sie schlicht zu faul sind, den Gang zum Supermarkt anzutreten. Dementsprechend ist die Möglichkeit, den Einkauf zu bestellen und später fertig verpackt abzuholen, nur zweite Wahl.

Die Web-Shopper schätzen zudem die Vielfalt der Anbieter: Fast die Hälfte der Online-Lebensmittelkunden kauft inzwischen schon bei zwei verschiedenen Anbietern. Dieser Trend geht überraschenderweise zulasten von stationären Biosupermärkten, Hofläden und Wochenmärkten – was im Online-Handel mehr ausgegeben wird, sparen viele Käufer dort wieder ein, stellt Appinio fest.

Und da sich die Bundesbürger beim Einkauf traditionell stark am Preis orientieren, wünschen sie sich auch ein Online-Angebot von den großen Discountern wie Lidl, Aldi und Netto: Die beschränken sich bis jetzt auf den Warenversand aus dem Non-Food-Bereich.

Was angesichts des stark gestiegenen Interesses der Kunden an Lebensmittellieferungen erstaunen mag: Die meisten Anbieter arbeiten derzeit noch nicht profitabel.

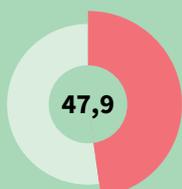
Laut einer Analyse der Deutschen Industriebank IKB fällt pro Online-Lieferung von Lebensmitteln im Schnitt ein Verlust von 50 Cent bis zu 2 Euro an.

Übers Jahr summiert sich das für die Lieferanten zu Millionenverlusten. Branchenkenner rechnen daher damit, dass sich der Markt weiter konsolidiert.

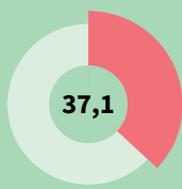
Insbesondere legen die Kunden offenbar mehr Wert auf ein frisches und vollständiges Warenangebot als auf die superschnelle Lieferung. Ob sich der Q-Commerce in der jetzigen Form auf Dauer durchsetzen kann, ist daher fraglich, zumal die großen Handelsketten wie Rewe und Edeka, die die ganze Lebensmittelpalette anbieten, schneller wachsen.

Online-Käufe von Lebensmitteln: Vor allem aus Zeitmangel

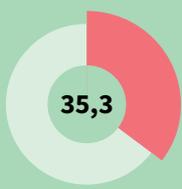
So viel Prozent der Bundesbürger, die online Lebensmittel bestellen, tun dies aus folgenden Gründen



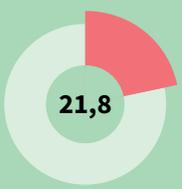
Keine Zeit, zum Einkaufen zu gehen



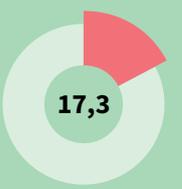
Zu faul, um aus dem Haus zu gehen



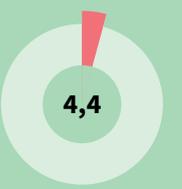
Um nicht ins volle Geschäft gehen zu müssen, zum Beispiel um eine Infektion zu vermeiden



Um den gesamten Wocheneinkauf zu erledigen



Wenn während des Kochens eine Zutat fehlt



Sonstige Gründe

Befragung von 2.500 Bundesbürgern zwischen 16 und 65 Jahren im Januar 2022

Quelle: Appinio © 2022 IW Medien / iwd

Vom Restaurant in den Supermarkt

Fachkräftemangel. In den Hotels und Restaurants hängt gegenwärtig überall dasselbe Schild: „Wir suchen Verstärkung“. Kein Wunder, denn während der Corona-Pandemie haben Tausende Beschäftigte aus dem Gastgewerbe den Job gewechselt. Eine Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt, wo diese Menschen gelandet sind.

Kaum ein Berufsfeld hat durch die Pandemie so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verloren wie das Gastgewerbe: 216.000 Kellner, Köche und Hotelangestellte kehrten 2020 ihrem Beruf den Rücken zu. Ein großer Teil von ihnen ist nun im Einzelhandel beschäftigt (Grafik):

Die allermeisten Jobwechsler – rund 34.800 – fingen in Verkaufsberufen neu an, beispielsweise als Kassierer im Supermarkt.

Rund 27.000 der Wechsler aus Gastronomie, Hotellerie und Tourismus sind im Verkehr- und Logistikbereich gelandet, zum Beispiel als Lagerlogistiker oder Paketbote. Fast ebenso viele haben sich für einen Job in der Unternehmensorganisation entschieden, etwa in einem Sekretariat. Beliebte Ziele waren zudem die Lebensmittelherstellung sowie Reinigungs- und Erziehungsberufe.

Während im Gastgewerbe die Zahl der Beschäftigten drastisch gesunken ist, haben andere Bereiche von der pandemiebedingten Arbeitswanderung profitiert – wie etwa das Berufsfeld Recht und Verwaltung, wozu auch die Gesundheitsämter gehören: Hier sind allein im Jahr 2020 fast 42.200 Beschäftigte hinzugekommen.

Die Personalabwanderung während der Pandemie zeigt, dass viele Beschäftigte in Branchen wie der Gastronomie keine guten Zukunftsaussichten sehen. Einerseits ist das Sicherheitsbedürfnis der Menschen durch die Corona-Krise erheblich gestiegen. Zum anderen trägt aber auch die schwierige Vereinbarkeit von Arbeitszeit und Privatleben zum Fachkräftemangel im Gastro- und Hotelgewerbe bei. Unternehmen aus krisengeplagten Branchen sollten deswegen versuchen, ihre Attraktivität zu verbessern, und prüfen, ob sie flexible Arbeitszeitregelungen oder eine Randzeitenbetreuung in der Kita ermöglichen können.

IW-Kurzbericht 60/2022

Anika Jansen, Paula Risius: Sorgenkind Gastro? Berufswechsel in der Corona-Pandemie

iwkoeln.de/berufswechsel

Personalmangel in der Gastronomie: Wo sind die Fachkräfte hin?

In diese zehn Berufsfelder sind im Pandemiejahr 2020 die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem Tourismus-, Hotel- und Gaststättengewerbe gewechselt

Verkaufsberufe	34.820
Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführung)	27.157
Unternehmensführung, -organisation	27.109
Lebensmittelherstellung und -verarbeitung	20.532
Reinigungsberufe	16.877
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	12.617
Medizinische Gesundheitsberufe	7.242
Werbung, Marketing, kaufmännische Berufe, redaktionelle Medienberufe	6.828
Führung von Fahrzeug- und Transportgeräten	5.922
Lehrende und ausbildende Berufe	5.539

Wo der Müll am meisten kostet

Abfallranking. *Energiekosten und Grundsteuer stehen aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Lage derzeit besonders im Fokus. Es gibt aber noch weitere Wohnnebenkosten, die Mieter und Hausbesitzer je nach Wohnort stark belasten können: zum Beispiel die Müllgebühren.*

Für Mieter und Hausbesitzer in Deutschland ist es oft sehr aufwendig, sich über die Abfallgebühren in ihren Städten und Gemeinden zu informieren – obwohl diese Gebühren einen großen Teil der Wohnnebenkosten ausmachen. Abhilfe schafft das Abfallranking der IW Consult: Im Auftrag von Haus & Grund Deutschland wurden für die 100 größten Städte in Deutschland die jährlichen Gebühren eines Musterhaushalts verglichen, der aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern besteht, die Restmüll, Biomüll, Sperrmüll und Altpapier produzieren. Der Sieger des Abfallgebühren-Rankings kommt im Jahr 2022 aus Mittelfranken (Grafik):

Nürnberg schnappt sich die Krone und darf sich Deutschlands günstigste Großstadt in puncto Müllgebühren nennen, gefolgt von Flensburg und Wolfsburg.

Die rote Laterne trägt Leverkusen. In Zahlen: Während der wöchentliche Teilservice – dabei stellen die Hausbewohner die Abfalltonnen selbst auf dem Bürgersteig bereit – in Nürnberg jährlich etwa 131 Euro kostet, werden in Leverkusen rund 630 Euro fällig.

Die Müllgebühren haben sich zuletzt recht unterschiedlich entwickelt: Während Städte wie Nürnberg oder Wolfsburg die Gebühren seit 2019 merklich senken konnten, stie-

gen sie in Erfurt, Fürth oder Gelsenkirchen um mehr als 20 Prozent. Auch insgesamt zeigt der Trend nach oben: Über alle 100 untersuchten Städte hinweg sind die Abfallgebühren in den vergangenen drei Jahren um rund 8 Prozent auf 312 Euro gestiegen. Viele Mieter und Hausbesitzer wünschen sich einfache und

transparente Regelungen in Sachen Müllgebühren. Diesem Wunsch kommen nur wenige Städte nach. Oft sind Abfallsatzungen verklausuliert und Gebührenmodelle kompliziert. Lediglich 17 der größten Städte in Deutschland bieten einen Gebührenrechner an, der die Transparenz für die Bürger deutlich verbessert.

Abfallranking: Die günstigsten Städte Deutschlands

Für das Abfallranking 2022 der IW Consult wurden die Müllgebühren in den nach Einwohnerzahlen 100 größten Städten Deutschlands verglichen. Aufgrund des unterschiedlichen Abholservices in den Städten wurde ein Müllgebührenindex erstellt. Je höher die Indexzahl, desto niedriger die Müllgebühren; Durchschnitt aller Städte = 100



1. Nürnberg	141	€	6. Schwerin	128	€
2. Flensburg	140	€	7. Essen	128	€
3. Wolfsburg	136	€	8. Frankfurt am Main	127	€
4. Mainz	136	€	9. Wiesbaden	126	€
5. Magdeburg	135	€	10. Regensburg	123	€

Der Abtransport von Abfall unterscheidet sich in den Städten im Abfuhrhythmus und Servicegrad: Eine Leerung der Tonnen ohne Mitwirkung des Haushalts wird als Vollservice bezeichnet; werden Tonnen durch den Haushalt bereitgestellt oder müssen vom Bürgersteig wieder abgeholt werden, ist dies ein Teilservice. Zudem gibt es einen wöchentlichen und 14-tägigen Abholrhythmus.

Quelle: IW Consult
© 2022 IW Medien / iwd

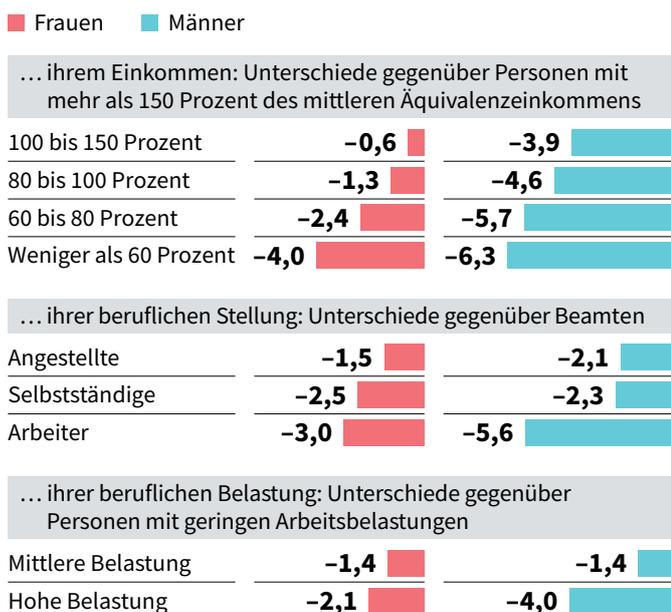
Langer Ruhestand, kurzer Ruhestand

Gesetzliche Rentenversicherung. Das Rentenrecht in Deutschland berücksichtigt bislang nicht, dass die Rentenbezieher je nach Einkommen und anderen soziodemografischen Merkmalen eine unterschiedlich hohe Lebenserwartung haben und deshalb unterschiedlich lange von ihren erworbenen Rentenansprüchen profitieren. Doch was folgt daraus?

Immer wieder wird in Deutschland über das gesetzliche Rentensystem diskutiert. In jüngster Zeit drehen sich die Debatten vor allem um die Frage, ob und wie stark das Renteneintrittsalter angesichts der demografischen Entwicklung weiter angehoben werden muss.

Lebenserwartung: Vom Einkommen und Beruf beeinflusst

Um durchschnittlich so viele Jahre unterscheidet sich die weitere Lebenserwartung von 65-Jährigen in Abhängigkeit von ...



Lebenserwartung: bereinigt um Einflüsse z. B. durch den Wohnort und Migrationshintergrund
 Äquivalenzeinkommen: berücksichtigt die Haushaltsgröße und -zusammensetzung
 Berufliche Belastung: auf der Basis einer Einstufung von Berufsklassen nach körperlichen und psychischen Anforderungen
 Berechnungen auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1994 bis 2018

Quellen: Geyer/Haan/Schaller (2022), Sozio-oekonomisches Panel
 © 2022 IW Medien / iwd

In diesem Zusammenhang ist nun allerdings ein neuer Aspekt in den Vordergrund gerückt: die unterschiedliche Lebenserwartung verschiedener Gruppen von Rentenbezieher. Empirische Studien auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels zeigen, dass es für die voraussichtliche Rentenbezugsdauer eine wesentliche Rolle spielt, wie hoch beispielsweise das Einkommen oder die berufliche Position vor dem Renteneintritt war (Grafik):

Im Schnitt ist die weitere Lebenserwartung von 65-jährigen Männern, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens beträgt, um mehr als sechs Jahre kürzer als die Lebenserwartung Gleichaltriger aus der obersten Einkommensgruppe.

Bei Frauen dieser Einkommensklassen ist der Effekt auf die Lebenserwartung nicht ganz so groß, beträgt aber immer noch vier Jahre.

Auch die zuletzt erreichte berufliche Stellung beeinflusst die potenzielle Dauer des Rentenbezugs:

So übertrifft die weitere Lebenserwartung von 65-jährigen männlichen Beamten die von gleichaltrigen Arbeitern im Schnitt um mehr als fünfeneinhalb Jahre.

Dass beispielsweise Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund eines geringen Einkommens ohnehin eine niedrigere Rente bekommen als Gutverdiener, von dieser Rente voraussichtlich auch noch weniger lang profitieren, dürften viele Menschen als ungerecht empfinden. Dennoch legt dieser Unterschied aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht noch nicht nahe, das System der gesetzlichen Rentenversicherung nun umzukrempeln. Ob und wie die Politik überhaupt auf die dargelegten Befunde reagieren sollte, ist auch unter Ökonomen umstritten (siehe Interview Seite 13).

Aus IW-Trends 2/2022

Florian Blank et al.: Unterschiedliche Lebenserwartung, differenzierter Rentenzugang? Soll die gesetzliche Rente unterschiedliche soziodemografische Hintergründe berücksichtigen?, IW-Trends: Forum

iwkoeln.de/lebenserwartung_rente

Interview. Forderungen, das Problem der unterschiedlichen Lebenserwartungen über das Rentenversicherungssystem zu lösen, erteilt IW-Rentenexperte **Jochen Pimpertz** eine klare Absage. Die Verantwortung für ein gesundheitsbewusstes und möglichst langes Leben könne den Bürgern letztlich niemand abnehmen.

„Dann hätten wir den gläsernen Beitragszahler“

Die je nach Einkommenshöhe und beruflicher Stellung unterschiedliche Lebenserwartung wird beim Renteneintrittsalter bislang nicht berücksichtigt. Muss das deutsche Rentensystem umgestaltet werden?

Die klare Antwort vorweg ist „Nein“. Zunächst ist daran zu erinnern, dass es ja für langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren bereits die Möglichkeit gibt, vorzeitig ohne Abschläge in den Ruhestand zu gehen. Und davon profitieren vor allem Menschen, die nicht studiert, sondern sich beruflich aus- und weitergebildet haben. Insofern gibt es schon eine Differenzierung im System.

Wenn man nun die bisherige Regelung mit Blick auf die unterschiedliche Lebenserwartung verschiedener Bevölkerungsgruppen als ungerecht empfindet und Rentner mit bestimmten Erwerbsbiografien besserstellen will, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Man müsste entweder die jungen Beitragszahler – die aufgrund der demografischen Entwicklung ohnehin steigende Rentenbeiträge und ein künftig niedrigeres Rentenniveau zu erwarten haben – noch zusätzlich belasten

oder anderen Rentenbeziehern etwas wegnehmen. Will man das?

Warum ist die gesetzliche Rentenversicherung nicht der geeignete Hebel für mehr Rentengerechtigkeit zwischen den Beschäftigtengruppen?

In der Rentenversicherung zählen allein die beitragspflichtigen Einkommen. Sie zeigen aber gar keine so eindeutige Korrelation mit der Lebenserwartung: Gerade am unteren Rand der Rentenberechtigten, die nach den gesammelten Entgeltpunkten sortiert werden, ist die Lebenserwartung sogar überdurchschnittlich hoch. Dabei geht es unter anderem um Menschen, die im Wesentlichen in Teilzeit gearbeitet haben, irgendwann in die Selbstständigkeit gegangen sind oder verbeamtet wurden. Sie haben dann, auch aufgrund ihres vermutlich eher höheren Bildungsniveaus, ein vergleichsweise hohes (Haushalts-) Einkommen erzielt und damit einhergehend eben oft auch eine relativ hohe Lebenserwartung.

Selbst wenn man die empfundenen Ungerechtigkeiten gezielt angehen wollte, müsste die Rentenversicherung über personenbezogene Informationen zur beruflichen

Tätigkeit, zur Einkommenshöhe und zum familiären Hintergrund verfügen. Diese fehlen ihr nicht nur, deren Erhebung würde auch zum gläsernen Beitragszahler führen.

Was sollte die Politik denn stattdessen tun, damit Menschen mit körperlich und/oder psychisch belastenden Jobs ihren Ruhestand möglichst lange genießen können?

Was grundsätzlich die Lebenserwartung erhöht und damit die Rentenbezugsdauer, sind Bildung und ein gesundheitsbewusstes Verhalten. Hier ist schon viel passiert – etwa durch den stetig verbesserten Arbeitsschutz und das betriebliche Gesundheitsmanagement, die nicht zuletzt die Zahl der Arbeitsunfälle in den Betrieben kontinuierlich und deutlich gesenkt haben.

Am Ende liegt ein Gutteil der Verantwortung für ein gesundes Leben aber in den Händen der Bürgerinnen und Bürger selbst.

Wäre es – davon abgesehen – gesellschaftlicher Konsens, dass die Belastungen in bestimmten Berufen zu hoch sind, dann müssten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene Lösungen gefunden werden, um den Betroffenen den Umstieg in andere Berufe zu erleichtern.



Foto: IW Medien

Zum Wohle der Demokratie

Medien. *Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Stärke der Demokratie in einem Land? Das hat die European Broadcasting Union empirisch untersucht. Demnach sind Demokratie und Pressefreiheit in jenen Ländern stärker, die über einen finanz- und quotenstärkeren öffentlich-rechtlichen Rundfunk verfügen. Dennoch mischt Deutschland bei beiden Indikatoren nicht ganz vorne mit.*

Die Demokratie gilt als unumstößliches Gut der westlichen Welt. Doch in einigen Ländern bröckelt das Ideal: So macht das unabhängige Varieties of Democracy Institute in seinem jährlich erscheinenden Bericht darauf aufmerksam, dass das weltweite Niveau der Demokratie im Jahr 2021 auf dem Level von 1989 lag. Der zwischenzeitlich in der Demokratisierung erzielte Fortschritt ist also wieder vollständig verschwunden. Besonders alarmierend:

In 35 Ländern hat sich die Meinungsfreiheit in den vergangenen zehn Jahren verringert, nur in zehn Staaten hat sich die Situation verbessert.

Die Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ stuft zudem die Pressefreiheit lediglich in zwölf Ländern weltweit als gut ein. Das sind so wenige wie noch nie seit Einführung der aktuellen Methodik im Jahr 2013.

Damit einhergehend sind sogenannte Fake News, also die bewusste Verbreitung von Fehlinformationen

mit manipulativer Absicht, ein zunehmendes Problem – und zwar nicht erst, seit Corona-Leugner und Impfgegner in vielen Ecken der Welt auf den Plan getreten sind.

All diese Entwicklungen unterstreichen die Bedeutung eines unabhängigen und frei von politischen Interessen einzelner Gruppen agierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR), der objektiv und ausgewogen berichtet.

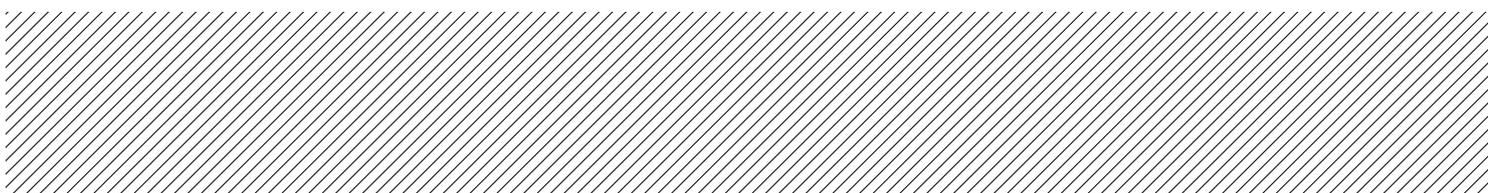
In Deutschland ist dieser Auftrag zum Beispiel im Medienstaatsvertrag festgeschrieben, nach dem die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten „als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung“ wirken sollen, um so „die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen“.

Dass das nicht nur Phrasen sind, sondern der positive Zusammenhang zwischen der Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Stärke der Demokratie in

einem Land empirisch nachweisbar ist, hat die European Broadcasting Union in ihrer Studie „Democracy and Public Service Media“ gezeigt. Dazu setzte der Zusammenschluss von derzeit 69 Rundfunkanstalten Kennzahlen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in verschiedenen Ländern mit demokratiebezogenen Indikatoren ins Verhältnis.

Das Ergebnis: Die Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die demokratische Qualität in den einzelnen Ländern hängen signifikant positiv zusammen. So ist die Bevölkerung in Ländern mit höheren Pro-Kopf-Ausgaben für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und größeren Zuschaueranteilen der ÖRR-Sender tendenziell zufriedener mit dem Zustand der Demokratie in ihrem Land, weist ein größeres Interesse an Politik auf, vertraut mehr in ihre Teilhabe am politischen System und hat weniger Sorge, auf Fake News hereinzufallen.

Die Kausalität kann zwar auch von der anderen Seite ausgehen –



starke Demokratien investieren tendenziell mehr in einen unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wodurch er zu einer von der Bevölkerung anerkannten Institution wird. Aber ganz gleich, was die Ursache und was die Wirkung ist: Die Qualität der Demokratie korreliert positiv mit dem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Angebote (Grafik):

In Ländern, die der Demokratieindex der Economist Intelligence Unit als demokratischer einstuft, vertraut ein größerer Prozentsatz der Bevölkerung den öffentlich-rechtlichen Nachrichten.

Ähnlich verhält es sich mit der Pressefreiheit: Je freier die Medien in einem Land berichten können, desto größer ist das Vertrauen der Bevölkerung in den ÖRR.

Während die skandinavischen Länder bei den drei Indikatoren Spitzenwerte erzielen, stehen mit Polen, Ungarn und der Türkei – wenig überraschend – drei Länder besonders schlecht dar, deren Regierungen in den vergangenen Jahren häufiger durch demokratiefeindliches Handeln auffielen.

Aber auch Deutschland mischt trotz finanzstarkem ÖRR nicht ganz vorne mit: Im Demokratievergleich liegt die Bundesrepublik europaweit lediglich auf Platz zehn – ebenso wie im Ranking der Pressefreiheit. Diese wurde von Reporter ohne Grenzen aufgrund der sprunghaft gestiegenen Gewalt gegen Medienschaffende in Deutschland, zum Beispiel auf Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, erstmals nur als „zufriedenstellend“ und nicht mehr als „gut“ eingestuft.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Demokratie schafft Vertrauen

im Jahr 2021

	Grad der Demokratie (Wert von 10 wäre perfekte Demokratie)	Grad der Pressefreiheit (Punktzahl zwischen 0 (optimal) und 100 (schlechtestmöglich))	So viel Prozent der Bevölkerung vertrauen den öffentlich-rechtlichen Nachrichten
Norwegen	9,75	6,72	83
Finnland	9,27	6,99	85
Schweden	9,26	7,24	77
Dänemark	9,09	8,57	84
Niederlande	8,88	9,67	80
Kanada	8,87	15,25	79
Deutschland	8,67	15,24	70
Japan	8,15	28,88	60
Vereinigtes Königreich	8,10	21,59	62
Österreich	8,07	16,34	74
Frankreich	7,99	22,60	62
Spanien	7,94	20,44	48
USA	7,85	23,93	47
Portugal	7,82	10,11	81
Italien	7,68	23,39	67
Griechenland	7,56	29,01	58
Indien	6,91	46,56	73
Argentinien	6,81	28,99	35
Polen	6,80	28,84	36
Kroatien	6,50	27,95	59
Ungarn	6,50	31,76	40
Kolumbien	6,48	43,74	66
Thailand	6,04	45,22	70
Mexiko	5,57	46,71	60
Türkei	4,35	49,79	55

Länderauswahl; Vertrauen in öffentlich-rechtliche Nachrichten: Online-Befragung von 2.000 bis 2.101 Einwohnern der jeweiligen Länder im Januar und Februar 2021

Quellen: Economist Intelligence Unit, Reporter ohne Grenzen, Reuters Institute for the Study of Journalism © 2022 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche**23.500**

Personen, die mindestens 100 Jahre alt waren, lebten 2021 in Deutschland. Das waren laut Statistischem Bundesamt rund 3.000 mehr als im Jahr zuvor – trotz des Coronavirus, das neben Ungeimpften vor allem Ältere lebensgefährlich treffen kann. Die Daten zu Menschen ab 100 liegen seit 2011 für Deutschland vor und die jüngsten Werte markieren einen neuen Rekord. Auch der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung ist innerhalb von zehn Jahren von 0,018 auf 0,028 Prozent gestiegen. Das entspricht einem Plus von fast 56 Prozent.

Die älteste Bevölkerungsgruppe ist dabei nach wie vor fest in weiblicher Hand: Mehr als 80 Prozent der über 100-Jährigen waren im Jahr 2021 Frauen. Allerdings stieg der Männeranteil binnen zehn Jahren von 13 auf fast 20 Prozent.

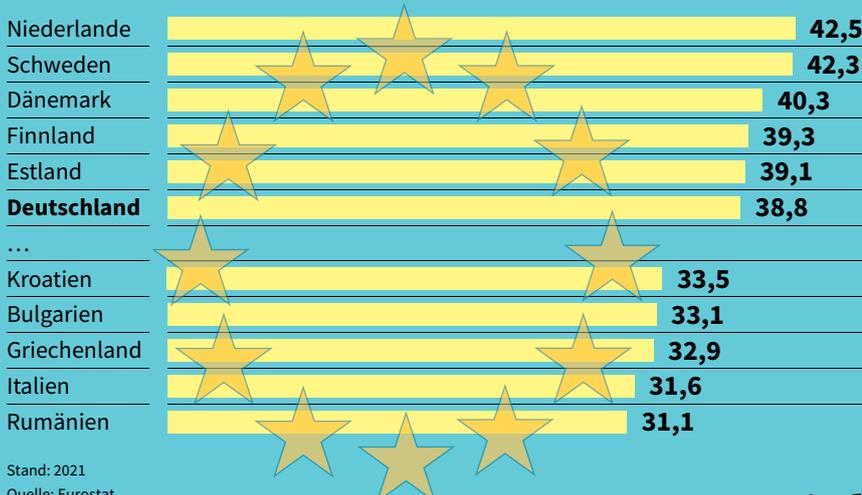
All diese Entwicklungen korrelieren mit der generell steigenden Lebenserwartung in der Bundesrepublik und mit der Tatsache, dass Frauen gemeinhin älter werden als Männer. So liegt die durchschnittliche Lebenserwartung für neugeborene Männer aktuell bei 78,6 Jahren, während sie vor zehn Jahren erst 77,5 Jahre betrug. Die durchschnittliche Lebenserwartung für Frauen in Deutschland stieg im gleichen Zeitraum von 82,6 auf 83,4 Jahre.

Top-Liste: Arbeits-Jahre

Arbeit ist das halbe Leben – zumindest für junge Niederländer: Im Schnitt werden sie dem Arbeitsmarkt 42,5 Jahre zur Verfügung stehen – das sind fast vier Jahre mehr als in Deutschland. Im EU-Durchschnitt beträgt die Lebensarbeitszeit eines heute 15-Jährigen 36 Jahre. Dieser vergleichsweise niedrige Wert resultiert aus den deutlich geringeren Lebensarbeitszeiten, die für viele andere EU-Staaten prognostiziert werden: In Rumänien beispielsweise liegen zwischen dem Eintritt ins Berufsleben und dem Ausscheiden daraus im Schnitt nur rund 31 Jahre. Auch in Italien und Griechenland beträgt die Zeitspanne, die Beschäftigte während ihres Lebens mit Arbeit verbringen werden, weniger als 33 Jahre.

**Lebensarbeitszeit in der EU:
Mehr als zehn Jahre Unterschied**

So viele Jahre wird ein heute 15-Jähriger voraussichtlich auf dem Arbeitsmarkt aktiv sein



Stand: 2021
Quelle: Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd

iwd